

# Liechtensteiner Volksblatt

Erscheint Montag, Dienstag, Mittwoch, Donnerstag, Freitag und Samstag · Jeden Donnerstag Grossauflage · Amtliches Publikationsorgan · Tel. (075) 2 42 42 · Einzelpreis: 60 Rp.

## Der Schutz des Kulturlandes ist eine wichtige Aufgabe

Die Erhaltung der Magerwiesen wird ungefähr um ein Jahr verzögert – eine Landtagskommission soll offene Fragen klären

Vorrangiges Ziel bäuerlichen Wirtschaftens ist es, Nahrungsmittel und Futtermittel zu produzieren und damit die wirtschaftliche Existenz des Landwirtschaftsbetriebes zu sichern. Abgesehen von Sonderfällen, die entsprechend entschädigt gehören, wäre es deshalb eine Überforderung unserer Landwirtschaft, als Ziel ihrer Tätigkeit die Pflege und Gestaltung des Landschaftsbildes zu verlangen. Diese Auffassung von Regierungschef-Stellvertreter Dr. Herbert Wille, der die Vorlage der Regierung über den Schutz der Magerwiesen im Landtag zu vertreten hatte, war unbestritten. Dennoch setzte die VU-Fraktion im Landtag die Bildung einer Kommission durch, womit sich die notwendige Erhaltung der Magerwiesen um ungefähr ein Jahr verzögert.

Unser Land verfügt nicht mehr über eine riesige Fläche Kulturland, die zur intensiven oder extensiven Nutzung zur Verfügung steht, sondern durch die intensive landwirtschaftliche Nutzung und das Zurückdrängen der landwirtschaftlich nutzbaren Fläche wird der Lebensraum für Pflanzen und Tiere immer kleiner. Das Landwirtschaftsressort unter der Leitung von Regierungschef-Stellvertreter Dr. Herbert Wille hat deshalb dem Landtag eine Gesetzesvorlage unterbreitet, aufgrund deren Bestimmungen in Zukunft Flächenbeiträge zur Erhaltung der Magerwiesen ausgerichtet werden können. Nach der Gesetzesvorlage sollen künftig Bewirtschaftungsbeiträge an Landwirte – an Eigentümer oder Bewirt-

schafter – ausgerichtet werden, die darauf verzichten, schützenswerte Magerwiesen zu bewirtschaften.

### Bewusstsein fördern

Während diese Vorlage von den FBP-Abgeordneten im Blick auf den Schutz der Umwelt und der Landschaftserhaltung begrüsst wurde, sahen verschiedene VU-Abgeordnete bereits im Verlaufe der ersten Behandlung im Landtag «offene Fragen», die nach ihrer Auffassung auch durch einen Zusatzbericht der Regierung nicht geklärt werden konnten. Regierungschef-Stellvertreter Dr. Herbert Wille hatte in seinem Zusatzbericht angeführt, dass es im Sinne des zu erstellenden landwirtschaftlichen Leitbildes gelte, das Bewusstsein zu fördern, die Landwirtschaft nicht nur unter produktions-technischen Gesichtspunkten zu sehen: «Ist dies der Fall, dann stellen Hecken, Feldgehölze, Magerwiesen, Wegränder und ungenutzte Acker- und Wiesenrandstreifen nicht mehr nur wertlose Flächen dar, sondern werden als das anerkannt, was sie wirklich sind – nämlich sehr wichtige Ausgleichszonen gegenüber den Produktionsflächen, um die Artenvielfalt zu erhalten, die isolierten, noch naturnahen

kleinstlebensräume zu vernetzen und damit für die Stabilität im Naturhaushalt zu sorgen.»

### Flächenbeiträge sind üblich

Gegenüber der Auffassung, die Flächenbeiträge zur Erhaltung der Magerwiesen stelle ein Instrument dar, das auch im nicht richtigen Sinne gebraucht werden könnte, erklärte Dr. Herbert Wille in seinem Bericht, Flächenbeiträge seien zur Förderung unserer Landwirtschaft üblich. Flächenbeiträge gelte es unter zwei Gesichtspunkten zu sehen: Einerseits ist der Landwirt nicht nur Produzent. Er bewirtschaftet und pflegt unmittelbar Umweltgüter, den Boden und die Landschaft. Für diese ökologische Leistung ist er abzugelten, indem anstelle immer höherer Produktesubventionen entsprechende Flächenbeiträge ausgerichtet werden. Andererseits sollen die Flächenbeiträge auch finanzielle Anreize für umweltgerechte Verhaltensweisen darstellen.

Die Abgeltung ist nach seinen Worten nach dem Arbeitsaufwand für das Mähen, Bearbeiten und Wegführen des Heuschnitts, also von Erfahrungswerten ausgehend, ausgerechnet worden. Im üb-

rigen steht unser Land mit der Ausrichtung von Flächenbeiträgen für Magerwiesen nicht allein, sondern in schweizerischen Kantonen sowie im Bundesland Bayern wurden bereits gute Erfahrungen mit der Subventionierung der extensiven Bewirtschaftung von schützenswerten Kulturlandflächen, die ebenfalls auf freiwilliger Basis funktionieren, gemacht.

### Verzögerung durch Kommission

Grundsätzlich ist nichts gegen die Bildung einer Kommission einzuwenden, doch sollte der Gegenstand der Beratungen doch Anlass genug sein, um eine Vorlage durch ein parlamentarisches Gremium weiterbearbeiten zu lassen. Die Kommission dürfte es wohl schwierig haben, eine Änderung in grundsätzlicher Hinsicht herbeizuführen. Vielmehr wird sie sich, wenn sie Änderungsvorschläge unterbreitet, auf Teilaspekte wie die Höhe der Beiträge beschränken müssen. Ob dies die Verzögerung für ungefähr einem Jahr rechtfertigt? Die Zeit drängt, hatte Regierungschef-Stellvertreter Dr. Herbert Wille im Landtag erklärt, denn Jahr für Jahr gehen wertvolle, erhaltungswürdige Flächen verloren. (G.M.)

## KOMMENTAR

Das Gute müsse erdauert werden, rechte fertige Landtagspräsident Ritter in seiner Festansprache zum 125jährigen Jubiläum des Landtags den oft schleppenden Gang der Dinge. Ein aktuelles Beispiel dafür stellt die Vorlage über die Ausrichtung von Flächenbeiträgen für die Erhaltung der Magerwiesen dar. Obwohl zum Schutz dieser erhaltenswerten Flächen höchste Eile geboten scheint und keine grundsätzlichen Bedenken gegen die – freiwillige – extensive Nutzung dieser Kulturlandflächen vorgebracht wurden, setzte die VU-Mehrheit im Landtag die Einsetzung einer Kommission durch. Ein Jahr geht damit, das stellte auch der VU-Fraktionssprecher fest, bis zur Verabschiedung der Regierungsvorlage und der Wirksamkeit der Massnahme verloren. Nach dieser Frist werden, das weiss man heute mit grosser Sicherheit, bereits nicht mehr alle der durch eine Inventarisierung aufgenomme-

### Erdauern mit Schaden

nen Bodenflächen zur Verfügung stehen. Der Rückgang des extensiv nutzbaren Bodens schreitet offenbar sehr rasch voran.

In Kenntnis dieser Sachlage setzte die VU eine parlamentarische Kommission ein, deren Aufgabe darin bestehen wird, im Grundsatz die Regierungsvorlage in ihrer Richtigkeit zu bestätigen, im Detail vielleicht einige Nuancen an Änderungen anzubringen. Allerdings dürfte es schwierig sein, den Schaden dieser kompromisslosen Haltung zu beziffern. Einfacher ist diese Rechnung bei der Milchkontingentierung, denn an der gleichen Sitzung, als die VU ihren Machtstandpunkt im Sinne einer Verzögerung durchsetzte, lag dem Landtag ein Nachtragskredit in Höhe von 250 000 Franken zur Deckung der Verwertungsverluste bei der Milch vor. Als Begründung für den Nachtragskredit führte die Regierung an, dass bei der Erstellung des Budgets 1987 mit der Einführung der Milchkontingentierung für das laufende Jahr gerechnet worden war. Weil die Milchkontingentierung aber erst auf Anfangs 1988 in Kraft tritt, nachdem sich die VU gegen eine frühere Inkraftsetzung ausgesprochen hatte, wird der Staatshaushalt zusätzlich mit 250 000 Franken belastet – einfach so, weil die VU mit ihrer Mehrheit die Milchkontingentierung um ein Jahr verzögerte, wird den Steuerzahlern eine Viertelmillion Franken aus den Taschen gezogen!

Die Frage nach den Ursachen dieses Verhaltens ist nicht so einfach zu beantworten, weil sich die VU in anderen Fällen nicht scheut, kräftig über die Regierungsvorschläge hinaus zu subventionieren. Man denke etwa an die Hanglagen, die Beiträge an die Futtermittel oder die nachträgliche Subventionierung von Erntemaschinen für die Triesenberger Bauern. Möglicherweise leidet die VU aber an einem «Oehry-Syndrom», das sie an der Zustimmung zu Vorlagen aus dem jetzigen Landwirtschaftsressort hindert. Der frühere VU-Landwirtschaftsminister Oehry liess drängende Aufgaben wie die Schaffung einer Landwirtschaftszone, die Milchkontingentierung oder den Schutz der Magerwiesen vor sich hintreiben. Wenn jetzt diese Ladenhüter auftauchen und recht speditiv durchgezogen werden sollen, dann plagt wahrscheinlich die Erinnerung. (G.M.)

### Dollarkurs unverändert

(AP) Die europäischen Aktien- und Devisenmärkte haben sich am Dienstag auf die bevorstehende Weihnachtsruhe eingestimmt. Da viele Anleger laut Händlerangaben bereits in die Ferien gefahren sind, blieben die Umsätze überaus dürftig. «Es läuft nichts mehr. Wir warten auf das neue Jahr», sagten Aktien- und Devisenhändler in Zürich und Frankfurt. Der Dollar verharrte auf Vortagesniveau, und die Aktienkurse gerieten einzig in Tokio etwas unter Druck.

Die amerikanische Währung wurde in Zürich praktisch den ganzen Tag zu leicht über 1,32 Franken gehandelt.

## Hilfe für Betagte und sozial Schwächere

Die FBP-Fraktion reichte im Landtag ein Postulat mit verschiedenen Forderungen ein

An Klausurtagungen hat sich die FBP eingehend mit Fragen zur verbesserten Hilfe an betagte Mitmenschen und sozial Schwächeren befasst. Die Ergebnisse dieser Tagungen stehen der Partei einerseits als Leitlinien für die künftige Politik zur Verfügung, andererseits haben sie im Landtag zu einem Vorstoss der FBP-Fraktion geführt. Mit einem Postulat wird die Überprüfung verschiedener Probleme angeregt, um die Situation der Betagten und sozial Schwächeren zu verbessern.

Mit diesem Postulat wird die Regierung eingeladen, dem Landtag Massnahmen vorzuschlagen, die geeignet sind, die Altershilfe wirksam zu fördern und allgemein die Situation der Betagten und der sozial Schwächeren zu verbessern. Vor allem fordert das FBP-Postulat die Überprüfung der nachstehend aufgelisteten Begehren.

- Die Einführung eines Anspruches für Bezüger von Altersrenten auf Hilflosenentschädigung bereits bei Hilflosigkeit mittleren Grades.

- die Erleichterung der Voraussetzung für Bezüger von Altersrenten hinsichtlich der Gewährung von Hilfsmitteln.

- die Förderung der Altershilfe durch Einführung von Beitragsgutschriften für Personen, die alte oder sonst hilflose Menschen in privater, häuslicher Pflege betreuen und dadurch keimend oder nur einem geringen Erwerb nachgehen können.

- die Verbesserung der Stellung der ledigen und getrennten bzw. geschiedenen AHV-Rentner und Rentnerinnen.

- die Erhöhung der Beiträge, die für die häusliche Pflege invalider Kinder, die das

zweite Altersjahr zurückgelegt haben, zu leisten sind.

- die Einführung eines Anspruches auf Vergütung von Reise- und Spalkosten für Eltern, die im Zusammenhang mit einer längeren Spital- oder Anstaltspflege von invaliden Kindern entstehen.

- die vermehrte Übernahme von Kosten, die durch die Hebung von angeborenen Zahnstellungsanomalien bei Minderjährigen entstehen.

Die Forderungen des FBP-Postulates umfassen eine ganze Reihe von Vorschlägen, zu denen die Regierung Stellung zu nehmen hat. Mit diesen Vorschlägen verbindet sich die Hoffnung, dass möglichst rasch die beantragten Verbesserungen für die betroffenen Kreise in Kraft treten werden.

## Kongress verabschiedet US-Haushalt für 1988

Ausgaben von rund 600 Milliarden Dollar

Washington (AP) Nach längeren intensiven Auseinandersetzungen und langwierigen Verhandlungen mit der Regierung hat der US-Kongress in der Nacht zum Dienstag den Haushalt für das Jahr 1988 verabschiedet. Das von Repräsentantenhaus und Senat gebilligte Gesetzespaket sieht Ausgaben in Höhe von rund 600 Milliarden Dollar und eine Kombination von Steuererhöhungen und Ausgabenkürzungen im Umfang von 17,6 Milliarden Dollar vor.

Ziel der vorangegangenen Beratungen und des Gesamtpaketes ist der Abbau des Haushaltsdefizits um 32 Milliarden Dollar im kommenden Jahr. Im Ende September abgelaufenen Haushaltsjahr 1987 hatte das Defizit rund 150 Milliarden Dollar betragen.

Repräsentantenhaus und Senat hatten bereits am Montagabend mit 237 zu 181 beziehungsweise 61 zu 28 Stimmen das Gesetz zur Einführung neuer Steuern und für Einsparungen bei staatlichen Leistungen unter anderem beim Krankenversicherungsprogramm für Rentner in Höhe von 17,6 Milliarden Dollar verabschiedet. In der Nacht zum Dienstag folgte dann die Billigung des Ausgabengesetzes mit einer Rekordsumme von 600 Milliarden Dollar erst durch das Repräsentantenhaus und danach durch den Senat. Das Stimmenverhältnis betrug 209 zu 208 beziehungsweise 59 zu 30.

Während der Nachbeben des Schwarzen Montags an den Börsen hatten hinter verschlossenen Türen zähe Verhandlungen zwischen Vertretern der beiden Parteien im Kongress und des Präsidialamtes über einen Abbau des US-Haushaltsdefizits begonnen, der als Hauptgrund für die Erschütterungen der internationalen Finanzmärkte gilt. Als Ergebnis wurde eine Senkung des Defizits um 76 Milliarden Dollar über einen Zeitraum von zwei Jahren vereinbart. Für 1988 wurde eine Verringerung des Fehlbetrages um 30,2 Milliarden avisiert, so dass die jetzigen Kongressbeschlüsse noch über diese Forderung hinausgehen.

